



Rede zur Lage der Europäischen Union

Neue Akzente im Bereich Verteidigung und Halbleiter

Am 15.09.2021 hielt Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre zweite Rede zur Lage der Europäischen Union (SOTEU) vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg. Das Instrument der SOTEU wurde 2010 eingeführt und gilt grundsätzlich als Stimmungsbarometer. Zudem wird ein Ausblick auf die politischen Prioritäten der Kommission für das Folgejahr gegeben. Parallel zur Rede schickte die Präsidentin ihren so genannten „letter of intent“ zu legislativen Vorhaben im Jahr 2022 an die Präsidenten des Europäischen Parlaments und den Vorsitz des Rates.

Das Europäische Parlament hatte am 06.05.2021 eine Statistik entlang der sechs Prioritäten der Europäischen Kommission veröffentlicht. Demnach hat die Kommission 406 Initiativen seit Amtsantritt angekündigt, von denen gut die Hälfte (212) bislang eingebracht wurden. Davon wurde etwa die Hälfte (101) verabschiedet, 76 weitere befinden sich im Gesetzgebungsverfahren, zehn weitere stehen kurz vor der Annahme. 25 Initiativen sind blockiert oder bewegen sich nur sehr langsam vorwärts. 90 der genannten Initiativen betreffen den Green Deal. Für den Bereich „eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ wurde die bislang höchste Zahl an Initiativen (29) bereits verabschiedet.

Die Rede folgte inhaltlich den Schwerpunkten:

- (1) Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen, EU-Impfstoff-Strategie und Abgabe von Impfstoff an Nachbarschaft und Länder weltweit;
 - (2) Erholung der Wirtschaft, vor allem durch die Recovery- und Resilience-Maßnahmen mit einem Verweis auf die Bedeutung des Binnenmarkts;
 - (3) Zentrale Transformationen, v.a. im Bereich der Digitalisierung und des Klimawandels;
 - (4) EU-Außenpolitik: neben Afghanistan wurden auch die Vereinigten Staaten (USA), China, der Indopazifik und die südliche wie östliche EU-Nachbarschaft in den Fokus gerückt;
 - (5) Handel
- und 6) Migration.

Von der Leyen betonte, dass die EU gut durch die „größte globale Gesundheitskrise seit Jahrhunderten“ und die „schwerste globale Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“ gekommen sei. Die Rede enthielt neue außenpolitische Ausführungen. Auch das Verhältnis zu China rückte sichtbarer als bisher in den Vordergrund. Die Präsidentin ging auch auf die Lage am Hindukusch ein. Des Weiteren wurde an den transatlantischen Zusammenhalt appelliert. Konkret vorgeschlagen werden soll die Schaffung einer EU-Verteidigungsunion und die Schaffung einer gemeinsamen EU-Cyber-Sicherheitspolitik. Von der Leyen forderte mehr politischen Willen von den Mitgliedstaaten sowie die Gründung eines gemeinsamen „situational awareness center“ der EU. Ein EU-Verteidigungsgipfel soll während der Ratspräsidentschaft von Frankreich tagen. Es bestünde Raum für eine Verbesserung von Interoperabilität: so könnte die Mehrwertsteuer bei Verkäufen von Verteidigungsgütern innerhalb der Mitgliedstaaten entfallen. Mit Blick auf die Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus warnte die Präsidentin, Menschen als Instrument für eigene Politik zu missbrauchen. Sie rief den Rat dazu auf, eine Einigung zum Migrations- und Asyl-Pakt zu finden.



Finanzpolitik

In finanzpolitischer Hinsicht betont Kommissionspräsidentin von der Leyen zunächst den Kraftakt, mit dem die EU es geschafft habe, die Coronakrise in den Griff zu bekommen. So habe die Einrichtung des Arbeitsmarktinstruments SURE zur Unterstützung von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen beigetragen. Mit NextGenerationEU (NGEU) werde sowohl in die kurzfristige Erholung als auch in den langfristigen Wohlstand investiert. Wichtig sei hierbei, dass der EU zukünftig neue Eigenmittel zur Finanzierung von NGEU zur Verfügung stünden. Rat, Europäisches Parlament und Kommission hatten sich in einer interinstitutionellen Vereinbarung vom 16.12.2020 auf einen Fahrplan zur Einführung neuer Eigenmittel verständigt. Allerdings hatte die Kommission zuletzt die ursprünglich für den 20.07.2021 geplante Vorlage des sogenannten Eigenmittelpakets verschoben (vgl. hierzu Informationen aus Brüssel 27-2021 vom 19.07.2021).

Obwohl damit zu rechnen sei, dass das BIP im Euroraum schon in diesem Jahr wieder das Vorkrisenniveau erreichen werde, werde man – so von der Leyen – nicht den Fehler aus der Finanzkrise wiederholen und die Krise zu früh für beendet zu erklären. Für die Wahl der richtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Strategie der Zukunft seien die volkswirtschaftlichen Folgen der Coronakrise zu berücksichtigen, etwa im Hinblick auf den Anstieg der Staatsverschuldung. Zu diesem Zweck wolle die Kommission demnächst die Diskussion über die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung wiederaufnehmen. Die Kommission hatte bereits vor der Coronakrise mit ihrer Mitteilung „zur wirtschaftspolitischen Steuerung“ vom 05.02.2020 eine generelle Überprüfung und Bewertung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) eingeleitet. Die in diesem Zusammenhang gestartete öffentliche Konsultation wurde wegen der Coronakrise ausgesetzt. Die Kommission hatte bereits vor einigen Wochen klargestellt, dass sie die öffentliche Debatte über eine mögliche SWP-Reform wieder anstoßen werde, sobald sich die wirtschaftliche Erholung festige. Mit Wiederaufnahme der Debatte dürfte nach der Bundestagswahl zu rechnen sein (vgl. zum Thema auch den Beitrag zum Treffen des Rats Wirtschaft und Finanzen in dieser Ausgabe der Informationen aus Brüssel unter „Finanzen“).

Schließlich betont die Kommissionspräsidentin die Bedeutung von Steuergerechtigkeit und des Kampfs gegen Steuervermeidung und -hinterziehung. Sie verweist auf den für das vierte Quartal 2021 geplanten und bereits in der (Kommissions-), „Mitteilung für die Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert“ vom 18.05.2021 angekündigten Legislativvorschlag gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke (vgl. hierzu auch Informationen aus Brüssel Nr. 19-2021 vom 25.05.2021). Darüber hinaus werde man alles daran setzen das „historische“ Abkommen über eine internationale Mindestbesteuerung zum Abschluss zu bringen. Diesbezüglich besteht nach wie vor die Hoffnung, offene Fragen bis Oktober 2021 klären zu können.

Wirtschaft

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat im Bereich der Wirtschafts-, Innovations-, Digital- und Handelspolitik sowohl die bereits eingeleiteten Initiativen als auch die künftige Ausrichtung adressiert. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronakrise werden positiv hervorgehoben. Hierzu zählen sowohl der zügige Abschluss der Gesetzgebungsverfahren zum digitalen COVID-Zertifikat der EU (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 22-2021 vom 14.06.2021) als auch die Nutzung der Mittel aus dem Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ (insb. Aufbau- und Resilienzfähigkeit, vgl. zu Deutschland Informationen aus Brüssel Nr. 24-2021 vom 28.06.2021).

Die Kommissionspräsidentin verweist im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau auf die bereits erkennbare wirtschaftliche Erholung und ein stärkeres Wachstum der Eurozone gegenüber den USA und China. In der Krisenreaktion – auch den damit verbundenen Beiträgen für grünen und digitalen Wandel – sieht sie die Vorgabe einer klaren Richtung für Märkte und Investoren. Die Krise möchte sie zudem als Anknüpfungspunkt für die zeitnah beginnende Wiederaufnahme der Diskussion über die



Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung nehmen – entsprechender Konsens über den künftigen Weg soll bis 2023 erzielt werden. Außerdem werden die soziale Marktwirtschaft, der Steuergerechtigkeit sowie neuer Eigenmitteln adressiert. Von der Leyen führt außerdem zur Vermeidung der Fragmentierung des Binnenmarkts zu Beginn der Pandemie sowie der Rolle des Binnenmarkts für den Wiederaufbau aus. Als eingeleitete Initiativen nennt sie die Vorschläge zur Plattformregulierung – gemeint ist das Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) und dem Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA, vgl. zu beiden nur Informationen aus Brüssel Nr. 44-2020 vom 21.12.2020 Informationen aus Brüssel Nr. 24-2021 vom 28.06.2021).

In Anknüpfung an Ausführungen aus der Rede zur Lage der Union im Jahr 2020 (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 31-2020 vom 21.09.2020) sowie den Ankündigungen im Rahmen der „Digitalen Dekade“ (vgl. Beitrag in den Informationen aus Brüssel Nr. 10-2021 vom 15.03.2021) befasst sich auch die diesjährige Rede mit Mikroelektronik als Beitrag zur technologischen Souveränität Europas. Hintergrund sind die aktuellen Herausforderungen bei der Versorgung mit Halbleitern. Die Kommissionspräsidentin möchte daher ein hochklassiges europäisches Chip-Ökosystem schaffen, welches auch die Produktion einbezieht. Als erfolgreiches Beispiel für eine europäische Technologie mit internationaler Bedeutung führt sie das EU-Satellitennavigationssystem Galileo an. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, soll ein europäischer Rechtsakt über Chips vorgelegt werden.

Ein Schwerpunkt wird auf die globale Dimension gelegt und dabei verknüpft mit Ausführungen zu einer neuen Ära verstärkter Konkurrenz. Dabei werden - ähnlich wie bei der strategischen Vorausschau (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 31-2021 vom 13.09.2021) - auch die Themen Raumfahrt und Verteidigung entsprechend aufgegriffen. Für das laufende Jahr kündigt die Präsidentin eine neue Gemeinsame Erklärung von EU und NATO an. Zudem führt sie das Erfordernis von Stabilität in der europäischen Nachbarschaft und in unterschiedlichen Regionen und die Art der Bedrohungen (u.a. von hybriden Angriffen oder Cyberattacken bis zum Wettrüsten im Weltraum) als Gründe für das Tätigwerden der EU an.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Verteidigungsunion nennt sie Überlegungen zur Verbindung militärischer und ziviler Aspekte (inkl. Diplomatie und Entwicklungspolitik), was an Ansätze der Initiative zur Verbesserung der Synergien zwischen ziviler, Verteidigungs- und Weltraumindustrie (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 08-2021 vom 01.03.2021) erinnert. Die Kommissionspräsidentin nennt in dem Zusammenhang (1) bessere Grundlagen für die gemeinsame Entscheidungsfindung (u.a. Informationsmanagement, ggf. eigenes gemeinsames Lage- und Analysezentrum), (2) Interoperabilität (z.B. durch gemeinsame Europäische Plattformen) sowie (3) eine europäische Cyber-Sicherheitspolitik. Sie kündigt ein neues europäisches Gesetz zur Cyber-Widerstandsfähigkeit an (vgl. zur Cybersicherheit zuletzt Informationen aus Brüssel Nr. 24-2021 vom 28.06.2021 und Ausführungen zur Justiz- Innen- und Migrationspolitik).

Bei der globalen Dimension ist zudem ein Fokus auf Partnerschaften erkennbar. Kommissionspräsidentin von der Leyen hebt sowohl den Handels- und Technologierat mit den USA (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 23-2021 vom 21.06.2021; Auftakttreffen am 29.09.2021) sowie die Strategie der EU für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum (vgl. entsprechenden Beitrag in dieser Ausgabe der Informationen aus Brüssel). Es soll sich bei der Strategie um ein Beispiel für die nächste Generation von Partnerschaften handeln. Die Vertiefung der Handelsbeziehungen und die Stärkung der globalen Lieferketten sowie neue Projekte für Investitionen in grüne und digitale Technologien werden bei der globalen Dimension in den Blick genommen.

Ein zentraler Baustein für die globalen Aktivitäten dürfte die Global Gateway Initiative zur Konnektivität werden. Kommissionspräsidentin von der Leyen kündigt im Rahmen entsprechender Partnerschaften Investitionen in hochwertige Infrastrukturen an. Dabei soll ein wertebasierter Ansatz mit Transparenz und guter Governance verfolgt werden. Sie nennt erfolgreiche Projekte wie das neue Untersee-Glasfaserkabel zwischen Brasilien und Portugal (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 21-2021 vom 07.06.2021) und sieht in einer Verbindung zwischen Nordafrika und Europa über das Mittelmeer einen Beitrag für einen Markt für grünen Wasserstoff. Den wertebasierten Ansatz unterstreicht sie durch die



Ankündigung des Verbots von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden (vgl. auch Ausführungen zur Justiz- Innen- und Migrationspolitik).

In Ergänzung zu den Ankündigungen der Rede benennt Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre wichtigsten Initiativen für 2022 in der Absichtserklärung gegenüber Parlamentspräsident Sassoli und dem slowenischen Ministerpräsidenten Janša. Im Bereich des europäischen Grünen Deal sind die Legislativvorschläge zum Recht auf Reparatur und zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt und zur Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik in Produkten hervorgehoben werden.

Im Bereich „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ werden über die europäischen Rechtsakte über die Cyberabwehrfähigkeit und über Chips hinaus noch (1) der Fahrplan für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien, (2) ein Legislativvorschlag zum Aufbau eines weltraumgestützten globalen sicheren Kommunikationssystems der EU, (3) eine Überprüfung der Wettbewerbspolitik: – Fit für neue Herausforderungen, (4) eine Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen, (5) ein Legislativvorschlag für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt und (6) ein Legislativvorschlag für multimodale digitale Mobilitätsdienste angekündigt.

Die Säule „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ wird durch verschiedene Initiativen aus dem Bereich der Finanzen (vgl. entsprechende Ausführungen) – insb. Banken- und Kapitalmarktunion sowie Steuern (insb. Umsetzung der globalen OECD-Vereinbarungen) bestimmt. Relevanz für die Wirtschaft können der Legislativvorschlag zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu Kapital oder die Initiative zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des materiellen Insolvenzrechts haben.

Die Global Gateway Initiative zur Konnektivität als zentraler Baustein im Bereich „Ein stärkeres Europa in der Welt“ wird durch weitere Initiativen begleitet. Hierzu zählt die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von einem Drittland erlassener Rechtsakte sowie von darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen. Zudem sollen die Partnerschaften mit einer weiteren Region in der Welt ausgebaut werden. Dafür soll es eine gemeinsame Mitteilung über eine Partnerschaft mit der Golfregion geben.

Energie und Klimapolitik

In den Bereichen Energie- und Klimapolitik hob Kommissionspräsidentin von der Leyen erneut die Bedeutung des am 14.07.2021 vorgestellten Fit für 55- Pakets hervor (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 27-2021 vom 19.07.2021), dessen Legislativmaßnahmen und Vorschläge zwar „komplex“, aber für die Erreichung der Klimaschutzziele im Rahmen des Europäischen Grünen Deals entscheidend seien. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Schäden, die Waldbrände und Überflutungen im Sommer in Europa verursachten, zeige sich, dass es nun darauf ankomme, das Fit für 55-Paket ambitioniert und zügig gemeinsam umzusetzen.

Die Kommissionspräsidentin hob in dem Zuge auch den Vorschlag eines Klimasozial-Fonds explizit hervor, der zur Sicherheit eines gerechten Übergangs bei der Energiewende eine zentrale Rolle spielen soll.

Zudem erklärte von der Leyen mit Blick auf die für November terminierte UN-Klimakonferenz (COP26), dass die Europäische Union weitere 4 Billionen Euro im Kampf gegen den Klimawandel bereitstellen werde, appellierte in dem Kontext an die internationale Gemeinschaft, insbesondere die USA, ihre finanziellen Klimaschutzbeiträge ebenfalls signifikant zu erhöhen und formulierte mit Blick auf China die Hoffnung, dass dessen nationale Emissionsreduktionsmaßnahmen auch ein Ende des Kohleabbaus fokussieren mögen.



Mit Blick auf die weitere Umsetzung des Europäischen Grünen Deals wurden seitens der Kommission zudem bereits folgende Initiativen für 2022 angekündigt:

- Legislativvorschlag zur integrierten Wasserbewirtschaftung – Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser
- Legislativvorschlag zur Zertifizierung des CO₂-Abbaus
- Legislativvorschlag zum Recht auf Reparatur
- Legislativvorschlag für einen EU-Rahmen für die harmonisierte Messung der im Bereich Verkehr und Logistik entstehenden Treibhausgasemissionen
- Legislativvorschlag zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt und zur Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik in Produkten

Zudem verwies Kommissionspräsidentin von der Leyen ebenfalls auf eine „europäische Strategie für das Handeln im internationalen Energiebereich“, die man im nächsten Jahr vorlegen werde.

Justiz- Innen- und Migrationspolitik

Im Bereich der Justizpolitik stand die Rechtstaatlichkeit im Mittelpunkt der Rede. Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofes bindend seien und dass die Einhaltung der Urteile in allen Mitgliedstaaten überwacht werde. Zudem kündigte sie an, dass die Rechtstaatlichkeitsberichte ab 2022 zusätzlich konkrete Empfehlungen an die Mitgliedstaaten beinhalten würden. Nach wie vor gebe es in einigen Mitgliedstaaten besorgniserregende Entwicklungen. Um denen zu begegnen, habe der Dialog mit den jeweiligen Mitgliedstaaten oberste Priorität. Sollte er jedoch ohne Erfolg bleiben, müsse ein dualer Ansatz aus Dialog und entschlossenem Handeln angestrebt werden (wie zuletzt gegenüber Polen gehandhabt).

Zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen werde die Kommission bis Ende 2021 ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Schwerpunktmäßig soll es die Strafverfolgung, den Schutz und die Prävention thematisieren, offline sowie online. Des Weiteren kündigte die Kommissionspräsidentin eine Gesetzesinitiative zum Verbot von Waren an, die mit Hilfe von Zwangsarbeit hergestellt wurden. Dabei blieb unklar, ob dieser Vorschlag Teil des für Ende Oktober 2021 angekündigten Vorschlags zur „Sustainable Corporate Governance“ sein wird oder ob es sich um einen separaten Vorschlag handelt.

In ihrem „Letter of intent“ an den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Maria Sassoli und den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša, in dem – neben der Rede – die wichtigsten Initiativen für 2022 angekündigt werden, sind darüber hinaus folgende Initiativen, die den Bereich der Justiz berühren, aufgeführt:

- - Legislativvorschlag zum Recht auf Reparatur;
- - Umsetzung des Aktionsplans für die Kapitalmarktunion einschließlich der Initiative zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des materiellen Insolvenzrechts;
- - Gesetzgebungsinitiative zur Übertragung der Strafverfolgung;
- - Legislativvorschlag über die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten.

Darüber hinaus ging von der Leyen auch auf die jüngsten Ereignisse in Afghanistan ein, insbesondere auf die schwierige Lage für Frauen und Kinder. Zur Unterstützung der Menschen vor Ort werde die Kommission ein neues Paket vorlegen, welches u.a. eine Erhöhung der humanitären Hilfe um 100 Mio. Euro beinhalte. Im Allgemeinen habe Kooperation und ein verbesserter Informationsaustausch oberste Priorität – sowohl im Bereich Sicherheit als auch in der Verteidigung. Die Afghanistankrise habe die Notwendigkeit einer Europäischen Verteidigungsunion gezeigt. Die EU verfüge über umfangreiches Wissen – sei es im Bereich der Polizei, der Geheimdienste, oder auch der Entwicklungszusammenarbeit. Es mangle jedoch am Informationsmanagement. Um die in der EU



vorhandenen Kenntnisse zusammenzuführen und zu bündeln, schlägt die Kommissionspräsidentin ein gemeinsames europäisches Lage- und Analysezentrum vor.

Daneben geht von der Leyen auch auf die sich ändernden Bedrohungen und auf die Gefahr von hybriden sowie Cyber-Angriffen ein. In dem Zusammenhang forderte sie, dass die EU eine führende Rolle in der Cyber-Sicherheit einnehme solle und kündigte ein neues Europäisches Gesetz zur Cyber-Widerstandsfähigkeit an, das gemeinsame Standards für alle Mitgliedstaaten enthält.

Ein Beispiel für einen hybriden Angriff zur Destabilisierung der EU sei die derzeitige Situation an den Grenzen zu Belarus. Im Rahmen der Überarbeitung von Schengen sei es wichtig, auf derartige Ereignisse zukünftig reagieren und die Außengrenzen der EU besser schützen zu können. In dem Kontext appellierte von der Leyen an eine gemeinsame Europäische Migrationsmanagementpolitik und mahnte an, dass ein Jahr nach Vorstellung des neuen Asyl- und Migrationspakets nur wenige Fortschritte erzielt wurden. Sie fordere das Parlament und die Mitgliedstaaten auf, den Prozess zu beschleunigen.

In Bezug auf die Partnerschaft der EU mit dem Westbalkan sprach sich die Kommissionspräsidentin erneut für den Beitrittsprozess der Balkanstaaten aus. Sie werde noch diesen Monat in die Region reisen, um damit die Unterstützung der EU zu verdeutlichen. Zudem soll der neue Investitions- und Wirtschaftsplan, der etwa einem Drittel des BIP der Region ausmache, weiter aufgestockt werden.

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die Präsidentin betone, die Pandemie habe tiefe Narben hinterlassen – und die soziale Marktwirtschaft enorm in Mitleidenschaft gezogen. Wie schon in ihrer letzten Rede würdigte sie die Arbeit der Menschen im Gesundheitsbereich, von denen alle abhängig seien, Personen, die trotz geringerer Entlohnung, geringeren Schutzes und geringerer Sicherheit großes Engagement gezeigt hätten. Aus diesem Grund sei es wichtig, die Europäischen Säule sozialer Rechte umzusetzen.

Dabei gehe es um menschenwürdige Arbeitsplätze, faire Arbeitsbedingungen, eine bessere Gesundheitsversorgung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Von der Leyen kündigte eine neue europäische Strategie für Pflege und Betreuung an.

Eine Priorität der Kommission bestehe darin, unsere Pandemievorsorge zu verbessern. Sie warnte vor einer Pandemie der Ungeimpften und wies auf den Vorschlag zur Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion in 2020 hin. Die Einrichtung der Europäischen Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Health Emergency Preparedness and Response Authority, HERA) werde dazu beitragen, mit künftigen Gesundheitsbedrohungen früher und besser fertig zu werden. Die EU verfüge über die Innovationsfähigkeit, die Wissenschaftler, das Wissen des Privatsektors und die zuständigen nationalen Behörden. Das müsse jetzt zusammengeführt werden, einschließlich der Finanzierung.

Zur Überraschung von nicht wenigen Beobachtern im EP und im Rat schlug von der Leyen eine neue Krisenvorsorge- und Resilienzmission für die gesamte EU vor. Sie solle bis 2027 durch Investitionen von „Team Europe“ im Umfang von 50 Mrd. Euro unterstützt werden.

Als Beispiel für die Handlungsfähigkeit der Union nannte sie das digitale Impf-Zertifikat der EU. Bisher seien in ganz Europa mehr als 400 Mio. dieser Zertifikate erstellt worden. 42 Länder auf vier Kontinenten seien beteiligt.

Sie kündigte die Schaffung eines Programms an, was jungen Arbeitslosen Auslandsaufenthalte nach dem Vorbild des Studienprogramms ERASMUS ermöglichen soll.



Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz

In ihrer Rede hat Kommissionspräsidentin von der Leyen keine neuen Initiativen in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz angekündigt. Einzig neu ist – im Vorfeld der nun bevorstehenden Vertragsstaatenkonvention der UN-Biodiversitätskonvention mit dem Ziel der Vereinbarung eines neuen globalen Biodiversitätsrahmens für 2030 (COP 15 der Convention on Biological Diversity, CBD) – die Ankündigung einer Verdoppelung der Finanzierungen für die biologische Vielfalt, mit denen die EU andere Regionen in der Welt unterstützen wird, insbesondere in den am meisten betroffenen Ländern.

Der begleitende, ebenfalls am 15.09.2021 veröffentlichte, „Letter of Intent“ an Parlamentspräsident David Sassoli und an den slowenischen Ministerpräsident Janez Janša listet vor allem unter der Rubrik „Ein europäischer Grüner Deal“ einige aus Kommissionssicht wichtige legislative Initiativen für 2022 in dem Bereich auf. Von den durchweg schon bekannten Initiativen betrifft der angekündigte Legislativvorschlag zur Zertifizierung des CO₂-Abbaus vor allem den Bereich Landwirtschaft (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 16-2021 vom 03.05.2021), während für den Bereich Umwelt- und Naturschutz der Legislativvorschlag zur integrierten Wasserbewirtschaftung – bezüglich Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 36-2020 vom 26.10.2020) –, der Legislativvorschlag für einen EU-Rahmen für die harmonisierte Messung der im Bereich Verkehr und Logistik entstehenden Treibhausgasemissionen und der Legislativvorschlag zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt und zur Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik in Produkten (vgl. Informationen aus Brüssel Nr. 10-2020 vom 16.03.2020) zu nennen sind. Für den Bereich Verbraucherschutz werden in dem „Letter of Intent“ für 2022 der schon bekannte Legislativvorschlag zum Recht auf Reparatur (vgl. Beitrag zur Neuen Verbraucheragenda vom 13.10.2020 in den Informationen aus Brüssel Nr. 39-2020 vom 16.10.2020) und eine Initiative zu Sofortzahlungen in der EU angekündigt. Erwähnenswert ist weiterhin eine für 2022 angekündigte Gemeinsame Mitteilung über die internationale Meerespolitik.

Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Mit Blick auf die Auswirkungen der Überschwemmungen und Waldbrände in Europa in diesem Jahr wies Kommissionspräsidentin von der Leyen auf den wissenschaftlich erwiesenen engen Handlungsspielraum im Kampf gegen den Klimawandel hin. Die Gesetzgebungen zur Erreichung von Klimaneutralität fanden in ihrer Rede zur Lage der Union dabei jedoch keine direkte Erwähnung. Bereits im Juli hatte die Kommission das Fit-for-55-Paket vorgestellt, das die gesetzlichen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele bündelt. Daher war bereits zu erwarten gewesen, dass vorerst keine weiteren Ankündigungen zum Grünen Deal gemacht würden. Auch der noch ausstehende zweite Teil des Gesetzespakets mit der Überarbeitung der EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie oder die Strategie für eine „Renovierungswelle“ zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden in Europa kamen nicht zur Sprache.

Stattdessen griff Ursula von der Leyen – wenig überraschend – erneut die Initiative neues Europäisches Bauhaus auf, deren Bekanntgabe ein Jahr zuvor in der ersten Rede zur Lage der Union stattgefunden hatte. Die interdisziplinäre Initiative der Kommission zur Umsetzung des Grünen Deals ist vom historischen Bauhaus inspiriert und soll Nachhaltigkeit, Funktionalität und Ästhetik verbinden und dabei Wohn- und Lebensräume in Europa verbessern. Diese Initiative könne die „Seele“ des Grünen Deals sein, so die Kommissionspräsidentin über das Neue Europäische Bauhaus.

Eine weitere Initiative, die das Baurecht betrifft, wurde nicht direkt in der Rede erwähnt, findet sich aber in der Absichtserklärung der Kommission für das Jahr 2022, die im Anschluss an die Rede zur Lage der Union veröffentlicht wurde. Im sogenannten „Letter of Intent“ an den Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie den slowenischen Ministerpräsidenten bestätigt die Kommission die Vorlage einer Gesetzesinitiative zum Schutz der Arbeitnehmer vor den mit Asbest verbundenen Risiken.



Eine direkte Erwähnung mag von der Leyen auch deshalb vermieden haben, da das Europäische Parlament derzeit einen Initiativbericht unter der Leitung von MdEP Nikolaj Villumsen (Die Linke) vorbereitet, in dem ein Expositionsgrenzwert für Asbest angestrebt wird (2019/2182(INL)). Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten wird am 27.09.2021 über den Bericht abstimmen. Ein konkreter Grenzwertvorschlag aus dem Parlament noch vor Veröffentlichung des Legislativvorschlags wurde seitens der Kommission kritisiert, da dies die Konsultationen mit den Sozialpartnern beeinflussen könne. Zudem stützen sich Kommission und Parlament auf unterschiedliche Datengrundlagen in ihren Bewertungen.

Im Bereich der Gleichstellung wurde die Kommissionspräsidentin in ihrer Rede entschieden deutlicher, wenn es um die Situation vieler Frauen geht, die geschlechtsspezifische Gewalt erfahren. Bewusst metaphorisch beschrieb Ursula von der Leyen die ausweglose Situation dieser Frauen während der Pandemie und kündigte an, bis Ende des Jahres ein Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vorzuschlagen (vgl. Beitrag Justiz- Innen- und Migrationspolitik). Trotz des Ausmaßes der geschlechtsspezifischen Gewalt und der Auswirkungen, die sie verursacht, gibt es in der Europäischen Union derzeit kein spezifisches Rechtsinstrument, das sich mit diesem Problem befasst (siehe auch Beitrag zum Initiativbericht zur geschlechtsspezifischen Gewalt in dieser Ausgabe der Informationen aus Brüssel).

Medienpolitik

Die Präsidentin ging nur kurz auf die Ankündigung ein, ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz vorzulegen. Sie bezog sich auf die am gleichen Tag veröffentlichte Empfehlung der Kommission zur Verbesserung der Sicherheit von Journalisten und anderen Medienschaffenden. Journalisten seien in den letzten Jahren immer häufiger das Ziel von Angriffen. In den tragischsten Fällen wurden Journalisten sogar ermordet. Die COVID-19-Krise habe ihnen ihre Arbeit durch geringere Einkommen und eingeschränkten Zugang zu Veranstaltungsorten noch weiter erschwert.

Konferenz zur Zukunft Europas

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezog sich in ihrer Rede auf die Konferenz zur Zukunft Europas im Zusammenhang mit ihrem Vorschlag, 2022 zum Jahr der europäischen Jugend zu erklären. Die jungen Menschen sollten die Debatten auf der Konferenz bestimmen, denn es ginge um ihre Zukunft und es müsse somit auch ihre Konferenz sein. Sie betonte, dass sie wie bei ihrem Amtsantritt bereits klargestellt, auch weiterhin daran festhalte, die Beschlüsse der Konferenz umzusetzen.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/state-union-addresses/state-union-2021_de

https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document.html?reference=EPRS_IDA%282021%29690584